

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Polen
außer in der Provinz
bei Krupps (C. H. Ullrich & Co.)
Breslaustrasse 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. 4;
in Gratz bei Herrn J. Streissand;
in Frankfurt a. M.
S. J. Danke & Co.

III. 278.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 21. April. Der König hat den bish. Bau-Inspektor Wilhelm Denninghoff in Liegnitz zum Reg.- und Baurath ernannt.

Der Gymnasialdirektor Dr. Frick in Potsdam ist auf seine Bewerbung zum Direktor des Gymnasiums in Kinteln ernannt, der Oberlehrer Dr. English vom Gymnasium zu Schrimm in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Wartenstein versetzt, der Oberlehrer Dr. Storch vom Gymnasium zu Memel in eine Oberlehrerstelle bei der Realischeule zu Reichenbach i. Schl. berufen, die Berufung des ord. Lehrers Hermann Brüggemann vom Gymnasium in Trier zum Rektor des Progymnasiums in Boppard genehmigt worden.

Das bish. techn. Mitglied der f. Eisenbahnnkommiss. in Glogau, Reg.- und Baurath Heinrich Lampoldi, ist in gleicher Eigenschaft der f. Direktion der Oberschl. Eisenbahn zu Breslau überwiesen, der f. Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspektor Adalbert Lutz, bisher in Lissa, nach Glogau versetzt und mit den Funkts des techn. Mitgliedes der dortigen f. Eisenbahnnkommiss. betraut, der f. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Adolph Friedrich Fischer, früher zu Berlin, jetzt in Posen, nach Frankfurt a. M. versetzt und denselben die Stelle eines Vorstechers des techn. Zentral-Bureaus der f. Eisenbahn-Direktion dargestellt werden.

Der Rechtsanwalt und Notar Leonhard zu Frankfurt a. O. ist in gleicher Eigenschaft an das Stadt- und Kreisgericht zu Magdeburg mit Anweisung seines Wohnsitzes dasselbst versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 21. April. Professor Gustav Blaeser aus Berlin ist in Cannstadt nach kurzer Krankheit gestorben.

Wien, 21. April. Die Kaiserin Elisabeth hat heute Mittag den neuernannten päpstlichen Nunnius beim hiesigen Hofe, Jacobini, in feierlicher Audienz empfangen.

Liverpool, 21. April. Das heute von Santos hier angekommene Schiff "Covenanter" hat am 16. d. den Dampfer "Centuria" von der westindischen Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft auf 49° nördlicher Breite und 15° westlicher Länge mit gebrochenem Hauptmast angetroffen und angesprochen. Der Dampfer war unter Segel und steuerte den Kurs nach Ostnordost.

Konstantinopel, 21. April. Fürst Milan von Serbien wird, wie nunmehr festgestellt ist, am 30. April hier eintreffen. Eine kaiserliche Yacht wird denselben aus Barna abholen.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

Berlin, 21. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück und Dr. Leonhardt mit mehreren Kommissarien.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern wird von dem Bundeskommissar Ministerialdirektor Foerster eingeleitet: Voraussichtlich werden heute die Angriffe wiederholt werden, die bei ähnlichen Gesetzen vorgebracht sind, daß wir einem Zustande der kirchlichen Verwirrung und der Vernichtung der katholischen Kirche zu steuern. Ruhig und unbeirrt kann der Staat diesen Vorwurf zurückweisen; er steht nicht im Kampfe mit der katholischen Kirche. (Widerspruch im Zentrum.) Er hat nirgend im Umfange des deutschen Reiches irgend einem Katholiken verwehrt, die geistlichen Handlungen auszuüben oder seine religiösen Bedürfnisse innerhalb der Kirche zu befriedigen. Wodurch sind wir in die Sachlage geraten, solche Gesetze wie dieses herathen zu müssen? Seitdem auf der Fuldaer Konvention der deutsche Episkopat dem neuen Dogma sich unterworfen und, gleichzeitig in allen politischen Vertretungen sich eine politisch-konservative Fraktion gebildet hat, die vom Standpunkte der neuen Entwicklung der katholischen Kirche aus die politischen Fragen erörtert und entschieden, war der Staat in die Notwendigkeit versetzt, sich umzusehen, ob die Grenze, die bisher die Scheidelinie zwischen dem Rechte des Staates und dem der katholischen Hierarchie bezeichneten, noch bestanden. Sie mußten auch ferner aufrecht erhalten werden, um die Rechtsordnung zu wahren und das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. In den letzten Jahrzehnten waren diese Grenzezeichen ziemlich stark verschoben, zum Theil abhanden gekommen, so daß die Notwendigkeit hervortrat, sie aufs Neue sicher und klar einzustellen. Da begann nun der Streit darüber, wer diese Grenzen ziehen soll. Die katholische Prälatur nahm für sich dies Recht in Anspruch, (Abgeordneter Windthorst: D. nein!) und sprach aus, daß nur diejenigen Gesetze für sie gültig seien, die nach ihrer Anerkennung das Dogma der Kirche nicht berühren. Was der größte Bundesstaat in dieser Beziehung gethan hat, ist nur sehr wenig und beschränkt sich auf das Notwendige. Es steht keinem Dogma der katholischen Kirche entgegen, daß ein katholischer Geistlicher, der in Deutschland amtlich fungieren soll, der deutschen Nation angehören und auf einer öffentlichen deutschen Unterrichtsanstalt seine wissenschaftliche Ausbildung erworben haben soll. Trotzdem haben die katholischen Prälaten den Gesetzen, die in der legalsten Weise zu Stande gekommen sind, den Gehorsam versagt; sie haben zunächst einen passiven Widerstand geleistet, der aber sofort in den aktiven Widerstand umgeschlagen ist. (Widerspruch im Zentrum.) Die Regierung hat sich also entschuldigt, die gesetzlichen Zwangsmaßregeln in Anwendung zu bringen. Sie kam dabei an eine Grenze, die sie nicht überschreiten konnte, weil die Reichsverfassung ihr entgegenstand, und doch waren, um die Geistlichen, welche durch ein gerichtliches Urteil des Amtes entsezt, oder wider das Gesetz in ein Amt eingetreten waren und in demselben fungirt hatten, zu hindern, ihr Amt ferner auszuüben, Maßregeln geboten, die über die Landesgesetze hinausgingen. Deshalb ist diese Vorlage eingebracht. Es sind in derselben zwei Maßregeln vorgeschlagen, eine mildernde und eine schärfere. Die mildernde ist die, daß der Geistliche, der widerrechtlich amtliche Handlungen vornimmt, nicht in dem Bezirk, in welchem er wohnt, bleiben kann, wenn nicht in den Gemeinden eine fortgesetzte agitatorische Bewegung bestehen soll; daß ein Geistlicher, der sich so vergeht, aus dem Bezirk entfernt und ihm ein anderer Bezirk als Wohnsitz angewiesen werden soll. Die schärfere Maßregel, die Entziehung der Staatsangehörigkeit, hat schon hier und da Zweifel erregt. Man erwäge indessen, da die Staatsangehörigkeit nicht blos eine Anzahl sehr werthvoller Rechte mitträgt, sondern auch

Inserate 2 Thlr. die fettgesetzte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags angenommen.

Mittwoch, 22. April.

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Rudolph Ploss;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Haasenstein & Vogler;
in Berlin;
J. Heinecker, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habich.

Ausnahmegesetz enthalte ja gar nichts Exorbitantes, denn auch in anderen Staaten habe man ähnliche Gesetze. Wenn das wahr wäre, was würde es beweisen? Doch nur, daß die Strömung seit geraumer Zeit dahin gerichtet ist, die Freiheit der Kirche zu beschränken. Man hält Kultus und Kultur für gleichbedeutend. Die Vorlage hat einen Standpunkt eingenommen, als ob der Staat auch in kirchlichen Dingen omnipotent sei; jede Religionsgesellschaft wird zu einer Staatsinstitution gemacht und von einer selbständigen Kirche ist überhaupt nicht die Rede. Und dennoch sind Staat und Kirche als zwei wesentlich selbständige Gemeinschaften zu betrachten. Wenn die Bischöfe ihre Mitwirkung zur Ausführung der Maßregeln versagen, so sind sie deshalb nicht gegen das Gesetz, denn sie unterwerfen sich den Strafbestimmungen des Gesetzes; ebenso auch der niedere Clerus. Diese einstimmige Haltung des katholischen Clerus aber ist ein wichtiges Moment für die Beurtheilung der Frage. Man hat versucht, die vielbeprobte Abhängigkeit des niederen Clerus von den Bischöfen durch die Maßregeln zu brechen und den Geist der Revolution in die Mitte des Clerus hineinzutragen. Er hat aber eine vollstommene moralische Unabhängigkeit bewiesen und ist trotz aller ihm zugefügten Nachtheile standhaft geblieben. Ja, das gesamme katholische Volk steht fest geschworen da, um sich auf kirchlichem Gebiete seine verfassungsmäßig garantirende Freiheit nicht nehmen zu lassen. Nach den Motiven soll die Opposition der Bischöfe den Charakter der Ablehnung angenommen haben und Verächter der Gesetze dürfen den Schutz der Gesetze nicht für sich in Anspruch nehmen, die Bischöfe stellen sich außerhalb des Gesetzes, indem sie sich auf die Worte der Schrift beriefen: man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen, während gleichzeitig die Kirche das Recht für sich in Anspruch nehme, zu bestimmen, was Gottesswort sei. Nun, m. H., die Gesetzgebung kann doch nicht etwa definiren, was für die Gewissen maßgebend sein soll. Die Protestanten Englands haben sich gegen eine solche Zuminthung mit der Vertreibung der Stuarts geholfen, die Katholiken Deutschlands, vor Pflichtgefühl erfüllt, sind natürlich unfähig einen solchen Gedanken zu denken. (Redner zitiert zur Begründung des Satzes, daß die Unumschränktheit des Staates nur eine formelle sei und die Freiheit des Glaubens als höhere Macht über dem Staate stehe, tahl, Bluntschi, Böpf, und eine Neuerung des Professors Schulze im preußischen Herrenhause, daß eine Staatsvorschrift, die die Freiheit des Glaubens verleihe, trotz ihrer formellen Gültigkeit unverbindlich sei.) Wollen Sie etwa alle Gesetze des Staates, die jemals ergangen sind, unter dieselbe Regel zu nehmen, wie dieses, daß die Huldigung vor der Staatsgewalt verlangt wird, selbst gegen das Gewissen? Der Vorwurf des revolutionären Widerstandes wird übrigens durch das preußische Landesgesetz auf diejenigen zurückgeschleudert, von welchen er ausgegangen ist, denn im preußischen Landrecht heißt es, daß die Einrichtungen in göttlichen Dingen nicht Gegenstand eines Zwangsgesetzes sein können, daß kein Religionsdiener gezwungen werden könne, etwas gegen seine Überzeugung zu thun. In welche ernste Lage kommt ein Staat, wenn er eine erhebliche Majorität gegen sich hat. Wer wird die Verantwortlichkeit dafür tragen? Doch nur Derjenige, der den Konflikt zwischen Gewissen und Gesetzen heraufbeschworen hat. Die preußische Verfassungsbunde, welche die Selbstständigkeit der Kirche garantirt, hat eine 25jährige Staatspraxis für sich, es bestand konfessionelle Ruhe und keine Beschwerden wurden jemals laut. Da auf einmal kamen die Maßregeln, die eine Fesselung des wehrlosen Clerus sind, und rechtfertigte sie durch die veränderte Machstellung des Papstes nach dem vatikanischen Konzil. Und jüngst begann in der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eine These wider den preußischen Gesandten v. Arnim, welche sich um die Frage dreht, ob der Papst mit oder ohne Konzil das unfehlbare Lehramt besitzt. Nun bin ich der Meinung, daß die Maßregeln durch diesen Reichstag nicht nur nicht ausgeführt werden dürfen, sondern für richtig erklärt werden müssen, denn sie sind wider die Reichsverfassung ergangen. Diezen Standpunkt haben Reichstag und Bundesrat bei Beratung des § 130a des Strafgesetzbuches zu dem thigen gemacht. Auf die Anfrage des Abg. Windthorst, warum man nicht ein bairisches Spezialgesetz erlaße, hat Minister v. Lutz geantwortet, daß ein solches Kapitalgesetz in Bayern nicht mehr gemacht werden könne, weil diese Angelegenheit nach der Reichsverfassung durch die Reichsgebetgebung geregelt werden müsse. Der Abg. Meyer (Thorn) hat diesen Standpunkt gebilligt. Die Maßregeln müssen daher auch vom Reiche erlassen werden. Nun erinnere ich noch daran, welches Gefühl die polizeiliche Aktion gegen die sonst so gehafteten Jesuiten im Volke hervorgerufen hat. Machen Sie sich keine Illusion, daß die Sache anders werden wird, wenn Sie die Ausführung dieses Gesetzes in die Hände des Richters legten. Allerdings würde das Gesetz dadurch ein wenig verbessert, aber bleibt Sie nicht die Hand dazu, daß die Gerichte die Werkzeuge zur Ausführung eines solchen Gesetzes werden. Es ist die stolze Aufgabe der deutschen Bissenschaft gewesen, die französische Brutalität der Verbannung auf 5 bis 10 Jahre zu überwinden; durch das vorliegende Gesetz würden Sie aber über das französische noch hinausgehen. Außerdem ist es wohl milder, die Bischöfe außer Landes zu jagen, als sie in den Gefängnissen sterben zu lassen; denn es ist ungerecht, sie für das leiden zu lassen, was sie für Recht halten. Und selbst der Donnergott der Mythe fürchtete den gefestelten Prometheus. Härter aber noch ist es, den Bischöfen die Staatsangehörigkeit zu entziehen, sie aus dem Boden zu reißen, in welchem sie segensreich wirken. Nun, m. H., die deutschen Katholiken werden in den abgesetzten Bischöfen, auch wenn sie sich in den Nachbarländern befinden, noch immer ihre Bischöfe erkennen. Vielleicht glaubt der Herr Reichskanzler, daß er dafür werde sorgen können, daß die Bischöfe von den Nachbarländern aus keinen Einfluß überführen; aber dann wird die vermeintliche Milde des Gesetzes illusorisch. Als Wellington sich von der Notwendigkeit überzeugte, daß die Irlande von dem Joch des Protestantismus im England befreit werden müssten, sagte er, er sei davon durchdrungen, daß die katholischen Irlande die Siege Englands miterkämpfen halfen und fühle sich beschämt, daß die Irlande für alle Ehren, die sie für England miterkämpften, unter jenem Joch bluten müssten. Ich meine, dieses Gefühl könnte auch unser Reichskanzler haben, aber der Reichstag muß doch etwas Staatsraison in die Wagschale werfen und stellt wenn der Reichskanzler behauptet, daß viele in diesem Haufe nur auf seinen Namen gewählt seien, dieses Gesetz als eine unverbesserliche Mumie antiliberalistischer Staatsanhaunungen betrachten. Den endlichen Sieg der Religionsfreiheit werden Sie durch dasselbe nicht aufhalten. (Beispiel im Zentrum.)

Abg. Reichsperger (Döpe): Der Herr Kommissar sprach zugleich von Milde und von scharfen Waffen. Bei der Milde fiel mir das bedenkliche Wort ein des lois de l'amour et de la conciliation, die Fürst Polignac mit der Erklärung einbrachte, das sei ein gar mildes Gesetz. Die Geschichte ist sehr schnell in durchbar für Deutschland niemals zu befogender Weise über diese Milde hinweggegangen. Die Vorlage stellt dem Reichstage eine Zumuthung, die noch vor einigen Jahren schlechterdings undenkbar war und noch heute den Liberalen, die nicht alle ihre gefunden Traditionen über Bord geworfen haben, die Nöthe des Zornes auf die Stirn bringen muss. Das Gesetz ist in Wirklichkeit ein Proskriptionsgesetz der allerodiosesten Art auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens, durch welches der Polizei die Befugnis eingeräumt wird, das Heimathsrecht, ja die Staatsangehörigkeit denjenigen Deutschen abzusprechen, die Geistliche sind und die gewissen — nicht allen — Gesetze des Staates gegenüber dieselbe Sprache führen, wie Luther auf dem Reichstage zu Worms: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders; Gott helfe mir! Amen." Durch Art. 3 der Reichsverfassung ist das Indigenat als ein Grundrecht eines jeden Staatsbürgers garantiert. Man hat es bereits durchbrochen durch das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten, hat es nachher auch auf die den Jesuiten verwandten Orden ausgedehnt, welche dem Reichstage in seiner Mehrheit sogar dem Namen nach unbekannt waren. Jetzt soll, wie früher auf den Notthörii Baterns, auf den Notthörii Preußens ein neues Ausnahmegesetz gemacht werden wider diejenigen Geistlichen, die der durch den Staat ausgesprochenen Amtsentzessung nicht Folge leisten und doch nichts Anderes thun, als was die Apostel Petrus und Johannes gethan haben gegen die Verbote des hohen Rates. Wenn Sie dieses Gesetz zu Stande bringen, so treten dagegen die Karlsbader Beschlüsse als eine reine Zwergenarbeit zurück gegen diese glorreiche Siegestat. Die Motive führen aus, durch die Maßregeln sei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Art geregt worden, daß das freie Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften respektiert, aber auch das Aufsichtsrecht des Staates zur Geltung gebracht werde. Prinzipiell also hat man das freie Selbstbestimmungsrecht der Kirche auf ihrem eigenen Gebiete anerkannt. Und doch verlangt man, daß kein Kirchenamt ausgeübt werden darf ohne Genehmigung des Oberpräsidenten. Das Evangelium darf also nicht gepredigt, die Sakramente dürfen nicht gespendet werden nach dem freien Selbstbestimmungsrecht der Kirche. Im Art. 18 der preußischen Verfassung ist das Vorschlags-, Ernennungs- und Bestätigungsrecht des Staates in Bezug auf die Geistlichen aufgehoben, kann also auch nicht wiederhergestellt werden und ist noch jetzt verfassungswidrig. Bestätigungsrecht und Genehmigungsrecht sind aber ganz dasselbe, letzteres ist nichts Anderes, als die Befugnis des Staates: Nein zu sagen. Das vorliegende Gesetz sieht also im Widerspruch mit der preußischen Verfassung. In den Maßregeln ist die gesamte Disziplinarwelt der Kirche dem Staate untergeordnet; die kirchliche Strafgewalt gehört aber zu den inneren Rechten und der freien Selbstbestimmung der Kirche auf ihrem eigenen Gebiete. Nun hat der Staat auch die Abschaltung der Geistlichen für sich in Anspruch genommen und das ist die schwerste Verletzung der ganzen Grundverfassung der Kirche. Die Motive sagen, es hätten die Maßregeln einen Widerstand gefunden seitens des preußischen Episkopats, der als offene Auseinandersetzung bezeichnet werden müsse und durch die vorhandenen Ermittlungsmittel nicht gebrochen werden könne. Man wird ja sehen, ob durch Entfernung oder Internierung der Widerstand gebrochen werden wird. Ich bin der Überzeugung, daß heute im 19. Jahrhundert erst recht nicht möglich ist, was im jüdischen Jerusalem, im kaiserlichen Rom nicht möglich gewesen ist. Da der Widerstand seine Begründung und sein Recht in dem Gewissen der Menschen hat. Ich frage jeden besonnen Mann, ob irgend etwas Anderes, als die Stimme des Gewissens die Bischöfe treibt, die Steigung einzunehmen, in welcher sie sich jetzt dem Staat gegenüber befinden. Man hat gesagt, dieses

Bundeskammer: Meine Herren: Der Herr Vorredner hat gefragt: Die verbündeten Regierungen hätten an den Reichstag eine Zumuthung gestellt, an welche früher nie gedacht worden sei. Dies ist jedenfalls eine sehr richtige Bemerkung. Wie erklärt sich das? Die Erklärung ist eine ganz einfache. Früher hat auch Niemand daran gedacht, daß Rom die Rührung haben könnte das Dogma der Unfehlbarkeit zu proklamieren und damit Front zu machen gegen den Staat. (Oho! im Zentrum. Sehr wahr! links.) Der Herr Vorredner hat das Gesetz, eine Prokklamation oder ein Proskriptionsgesetz genannt. Ich glaube, durch solche Namen werden

Sie sich nicht einschütern lassen. Die Sache selbst ist sehr einfach. Das Gesetz in der Gestalt, wie es Ihnen jetzt vorgelegt ist, liegt auf dem Gebiete des Staatsrechts, nicht des Strafrechts. Allerdings hätte die Sache strafrechtlich aufgefaßt werden können, und dann wäre man zu Strafen gekommen, und zwar zu der Strafe der Verbannung oder wenn man ältere deutsche Zustände heranziehen wollte, zu der Strafe der Reichsacht. Allein dieser Weg ist nicht eingeschlagen worden aus dem Grunde, weil er bedenklich, weil er mit sehr schweren Folgen verknüpft ist. Was Ihnen jetzt vorgeschlagen wird, ist die Expatriierung, um mich so auszudrücken, ist eine bei weitem viel mildeere Maßregel, (Heiterkeit im Zentrum), wie die Verbannung und die Reichsacht. Wer diese beiden Strafen kennt, wird darüber nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Auf dem Gebiete des Staatsrechts liegt nun aber das Gesetz, indem es Ihnen eine Präventivmaßregel vorstellt. Es ist eine einfache logische und rechtliche Frage, daß, wer das Recht des Staates negirt, es sich gefallen lassen muß, daß ihm auch vom Staat sein Recht negirt wird. Eine solche Negirung des Rechtes des Staates liegt aber vor; darüber, glaube ich, kann kein Zweifel sein. (Doch! im Zentrum.) Ich will nun darüber mit dem Vorredner nicht streiten, in wie weit im Staat das Recht des passiven und sogar des aktiven Widerstandes gegen die Gesetze anerkannt werden kann. Ich glaube, daß Niemand gezwungen wird gegen sein Gewissen das Recht des Staates zu befolgen; er mag sich von dem Staat trennen; er wird dann wie Niemand, der nicht zum Staat gehört, behandelt werden. Dann hat der Vorredner das Gesetz ein Ausnahmegesetz genannt. Unstreitig ist das Gesetz ein Ausnahmegesetz, aber es handelt sich auch um Ausnahmestände und für solche paßt nur ein Ausnahmegesetz. Dann hat der Vorredner bemerklich gemacht, solche Ausnahmegesetze würden auch in andern Fällen gerechtfertigt sein. Das will ich nicht leugnen, aber man macht doch Gesetze nur dann, wenn praktische Bedürfnisse vorliegen, und solche praktischen Bedürfnisse sind nur hervorgetreten gegen die Bischöfe und Geistlichen als Verächter des Gesetzes. Auch ist es ja ganz einfach, daß die Verlegung des Gesetzes eine ganz verschiedene ist. Das Gesetz wird nicht geachtet alle Tage, in jeder Stunde. Jeder, der ein Verbrechen begeht, der verlebt und mißachtet das Gesetz. Aber darum handelt es sich gar nicht, sondern es handelt sich hier ganz einfach darum, daß direkt das Gesetz nicht geachtet wird, daß man sich direkt gegen das Gesetz auflehnt. Das ist im Staat eben nicht zu dulden, und wer das thut, der ist in der Lage, aus dem Staat entfernt zu werden. Es ist bemerklich gemacht, ebenso wäre es gerechtfertigt, daß auch Duellanten unter diese Ausnahmeverordnungen kämen und expatriirt werden müßten. Das ist ganz etwas Anderes, der Duellant achtet das Gesetz nicht, aber das Recht des Staates, Gesetze über das Duell zu geben, das erkennt er an. Die Bischöfe aber negiren das Recht des Staates Gesetze zu geben, und daneben mißachten sie die Gesetze. Grundsätzlich würde man sagen müssen, die eigentliche Maßregel ist, die der Expatriierung; wer im Staat sich den Gesetzen nicht unterwirft, den sieht man hinaus. Wenn nun grundsätzlich diese Strafe nicht im Gesetz aufgestellt worden ist, so ist das wieder lediglich aus Rücksichten der Milde geschehen; Milde hat man walten lassen gegen die Konsequenz des Rechtes, man will erst die Internirung in Anspruch nehmen, und nur im äußersten Falle zu dem grundsätzlich allein korrekten Mittel der Expatriierung schreiten. Ich glaube deshalb, daß von dem Standpunkt des Staatsrechts der Gefangenewurf durchaus gerechtfertigt ist in allen seinen Theilen.

Abg. Dr. v. Schulte: Ich bemerke zuvörderst, daß ich von der Existenz des vorliegenden Gesetzes erst durch die Zeitungen benachrichtigt worden bin, daß ich früher nichts davon wußte. Wenn nun der Vorredner sagt, dieses Gesetz mache den Geistlichen die Erfüllung der ihnen von den Aposteln übertragenen Pflichten unmöglich, so frage ich, in welcher Gegend von Deutschland ist denn das Christenthum noch nicht publiziert, und wo ist denn die Ausübung derselben verboten? Solche Behauptungen sind eine Verirrung der That-sachen. Dafür gehört auch die Aeußerung, daß die Maigesetze die innere Disziplinarwaltung der Kirche altertiren, während doch nur der Gang des Disziplinarverfahrens darin geregelt wird zum Schutz des bisher stets nur im administrativen Wege gemäfregelten und gegenüber seinen Oberen völlig schulzlosen Klerus. Und appellirte ein Geistlicher einmal nach Rom, so heugte der Bischof damit einer Nektaufnahme vor, daß er mit Niederlegung des Amtes drohte. Sollte mir dies bestritten werden, so werde ich derartige Briefe von Bischöfen veröffentlichen. Gegenüber solchen Erziehungen ist die Berufung auf die Zeit der Apostel völlig ungerechtfertigt. Damals waren ganz andere Verhältnisse, damals bezogen die Apostel keine Dotations. (Heiterkeit.) Die Kirche bildete keine besondere Gesellschaft für sich, sondern sie bestand nur auf dem Gebiet des Gewissens. Es wurde gesagt, nie sei in irgend einem Staat, selbst nicht im jüdischen, oder heidnisch-römischen, der Fall vorgekommen, daß ein Geistlicher entsezt worden wäre. Hat der Vorredner an Otto den Großen, Heinrich III. und sogar Heinrich II., den Sie den Heiligen nennen, vergessen, welche Bäume und Bischöfe ein- und absetzten? Man sagte ferner, der Staat prätendire absolute Omnipotenz. Nun, ich weiß nicht, was der Staat prätendirt, wohl aber weiß ich, es von der Kirche, welche die Art und Weise, wie allen öffentlichen Angelegenheiten vorgegangen werden soll zu bestimmen beansprucht, wie dies in den constitutiones de ecclesia Christi ausgesprochen ist. Und das ist eine dogmatische Vorlage, die von dem unfehlbaren Papste gemacht ist, denn nach Ihrer Ansicht (Zentrum) war ja der Papst schon vor dem Vatikanum unfehlbar, und kann also doch nichts Falsches propoenieren. (Doch! im Zentrum.) Ich will nun nicht auf die Entstehung des gegenwärtigen Streites zurückgehen, notorisch ist, daß die Regierung den ersten Willen gehabt hat, denselben zu vermeiden, und unzweifelhaft ist einigen der Herren aus dem Zentrum bekannt, daß noch bis zum letzten Moment die preußische Regierung geneigt gewesen wäre, in sehr vielen Stücken nachzugeben, wenn Rom sich nur im Geringsten entgegenkommend gezeigt hätte. Jetzt ist der Kampf entbrannt, nicht aber gegen Religion und Christenthum, sondern gegen die römische Hierarchie, diese furchtbare Macht, der ein gewaliges Heer des niedrigen Klerus dient. (Redner weist an Zahlen nach, wieviel katholische Geistliche in den einzelnen deutschen Ländern vorhanden sind; durchschnittlich kommt in Deutschland auf 675 Seelen ein Weltpriester, auf 827 Seelen ein Geistlicher in der Seelsorge.) Bedeutet man, daß diese Geistlichen verhältnismäßig sehr wenig zu thun haben, so muß man die große Gefährlichkeit einer Opposition dieser Klasse und die Berechtigung eines Gesetzes wie das vorliegende erkennen. Dasselbe ist weder ein Strafgesetz, noch ein Kirchengesetz; es gewährt dem Staat die Rechtschaffenseit, die er allein mit seinen Mitteln nicht beschaffen kann, indem er durch seinen Eintritt in das deutsche Reich auf das Ausweisungsrecht verzichtet hat. Das Reich ist verpflichtet, dem Staat im Falle des Bedürfnisses dieses Rechtes zu gewähren, und daß dieses Bedürfnis vorhanden ist, wird Niemand bezweifeln, der die Prinzipien kennt, zu welchen die katholische Kirche sich bekennet und die sie behält. Ich erinnere Sie dabei daran, daß Pius VII. den Schutz sämmtlicher Kulte Napoleon I. gegenüber für einen Zustand der Verdammnis und Betrübnis erklärt hat; daß die katholische Kirche lehrt, im Konflikt mit dem Staatsrecht gehe das Kirchenrecht vor. Sie erklärte ferner die Pressefreiheit für den Ruin der katholischen Religion und darum rannnte Pius IX. 1868 die österreichische Verfassung ein abschreckliches, verdammungswürdiges Gesetz, welches dem Konkordat und sogar dem Naturrecht zwiderlaufe, weil es volle Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Wissenschaft allen Staatsbürgern gewähre. Ich erinnere ferner daran, daß die katholische Kirche verlangt, Kinder aus gemischter Ehe sollen katholisch getauft werden, obwohl mir eine Originalnote des Kardinals Antonelli vom Jahre 1862 bekannt ist, in welcher er gestattet, daß die Kinder je nach dem Geschlecht der Religion der Eltern folgen dürfen. Der Brief, in welchem der Papst behauptet, alle Getauften gehören ihm an, ist bekannt, und Niemand wird die Bedeutung derselben unterschätzen. (Abg. Windhorst: Doch!) Herr Windhorst hat freilich die Gewohnheit, Alles zu bestreiten, was jeder Andere zugibt. (Heiterkeit.) Um das Verbleiben der Jesuiten an der Universität zu Innsbruck zu ermöglichen, wurde ihnen gestattet, den Eid auf die österreichische Verfassung zu leisten, aber natürlich, wie die „Civitas catholica“ dazu bemerkt, mit dem Vorbehalt des Gewissens.

Die französischen Bischöfe, welche vor dem Konzil erklärt hatten, wenn das Unfehlbarkeitsdogma promulgirt würde, so seien sie gezwungen, etwas Anderes zu lehren, als sie bisher gehabt hätten, haben nachgegeben. Gegenüber solchen Prinzipien und deren praktischer Be- tätigung und Weiterverbreitung im Religionsunterricht muß man unbedingt für das vorliegende Gesetz stimmen. Als die kleine Republik Venetia vom Papste mit dem Interdict belegt wurde, da erklärte sie, jeder Geistliche, der dasselbe anwende, verfalls in Strafe und in dem und dem Falle nehme man alle sammt und sonders und transportire sie über die Grenze. (Heiterkeit.) Die Folge war, daß der Papst zu Kreuz froh und pure das that, was Venetia wollte. Auch in Baden ist man energisch vorgegangen und man hat jetzt die besten Zustände dort. (Heiterkeit im Zentrum.) Sie freilich halten die Zustände für gut, wenn Alles gilt, was die Priester und ihre Sousleute sagen. Meine Überzeugung ist die, daß der niedere Klerus zur Bestimmung kommen wird, (Gelächter im Zentrum) denn jetzt schon haben viele Geistliche eine ganz andere Meinung, als sie unter dem Drucke der Verhältnisse aussprechen. Das Volk wird bald einsehen, daß es sich nicht handelt um Evangelium und Religion, sondern um die hierar-chische Frage. Bis jetzt zweifelte man noch immer, daß der Staat Ernst mache, man hoffte noch immer unter billigen Bedingungen davon zu kommen, jetzt wird man vom Gegenteil überzeugt sein. Das Gesetz ist als Ausnahme- und Proskriptionsgesetz bezeichnet worden; in gewisser Beziehung ist es wirklich ein Ausnahmegesetz, aber das sind hundert andere Gesetze, besonders der Kirche, auch ich erinnere an die Regelgelehrte von Innocenz III. (Heiterkeit im Zentrum.) Ja die Ausnahmegesetze bilden bei der katholischen Kirche die Regel, man denke nur an die Dispensertheilungen in allen möglichen Formen. Dem Staat stehen nun Exkommunikation, Versagung der Seligkeit u. s. w. nicht zu Gebote, er begnügt sich damit, den Aufenthalt an ge-wissen Orten zu verbieten, eventuell den Verlust der Staatsangehörigkeit auszuüben. Der Staat kann keine zwei Gesetze auf seinem Gebiete herrschen lassen; er verlangt nicht, daß die Oppo-nenten ihre Grundsätze aufgeben, sie dürfen aber nicht Handlungen thun, welche seinen Grundsatzen entgegentreten. Wenn aber prinzipiell die Kompetenz des Staates bestritten wird, so tritt die Frage ein, wollen wir einen Kirchenstaat machen aus dem deutschen Reich, oder soll das Reich deutsch bleiben, in dem nur die Gesetze herrschen, für den Bischof so gut wie für jeden andern Staatsbürger. (Beifall links, Bischen im Zentrum.)

Abg. v. Busz: Die Beziehungen der christlichen Kirche zum Staat sind zweifacher Art. Die evangelische Kirche hat nach der Augsburgischen Konfession die Lehrgewalt und die sakramentale Gewalt; die katholische besitzt außerdem noch die Jurisdicition. Auf dem Gebiet der letzteren sind alle Kämpfe zwischen Staat und Kirche be-gonnen und ausgefochten, auf demselben liegt auch die Grenze zwischen Staat und Kirche, dieselbe ist indessen eine andere für die katholische, als für die evangelische; die letztere hat das Summepiskopat und diese Institution verringert ihre Rechte im Vergleich zu den Rechten der katholischen Kirche. Man hat zwar auch versucht, die Rechte der letzteren zu verkümmern, selbst ein König wie Ludwig XIV. hat dies ver sucht, aber ohne Erfolg. Wenn so schwere Zeiten kommen, wie wir Katholiken sie nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland mehrfach zu tragen hatten, welche Aufgabe fiel denn der Geistlichkeit an? Bei Übergriffen der Gesetzgebung bildet sich ein fester Widerstand im Volke, welcher der Gesetzgebung schließlich andere Bahnen weist; die Geistlichen haben nicht nötig, revolutionäre Schritte zu unternehmen. Wenn die Freiheit der Welt leidet, leidet auch die Freiheit der Kirche. Der Vorredner betrachtet die Kirche im apostolischen Zeitalter als die wahre; was würde man sagen, wenn man den Kaiser von Deutschland auf die Macht des Nürnberger Burggrafen be-schränkt wolle! Die Kirche entwickelt sich, wie alles andere, indem sie geistige Kräfte in ihren Dienst nimmt. In dieser Entwicklung wird sie auch nicht durch Ausnahmegesetze und Spezialgerichte behin-dert, welche niemals Zeichen der Freiheit waren. Mit der Proklamirung der Infallibilität ist die katholische Kirche nicht verändert, was geht die Unfehlbarkeitslehre den Staat an? Der Kern und das Geheimnis der katholischen Kirche ist ihre Einheit, in derselben das aristokratische Element des Episkopats und das demokratische aller Getauften, zwei lostische Besitzthümer, welche im Batalion garantirt sind. In Süddeutschland hatte man große Hoffnungen auf das Reich gesetzt, sie sind aber durch die neueste Richtung der Gesetzgebung getäuscht. Das Vorgehen gegen einzelne Geistliche wird nichts nützen. Die katholische Kirche verlangt, daß die Geistlichen dem Bischof und die Bischöfe dem Papst gehorchen. Es nützt nichts, daß die ganze Klasse der Willkür der Polizei unterstellt wird, in der Anwendung kann nur der Einzelne getroffen, nur ein einzelnes Opfer herausgerissen werden. Die Internirung soll eine milde Maßregel sein; aber da es sich um Gewissensfragen han-delt, wird man bald zu der härteren Verbannung greifen müssen. Das Christenthum wird zwar nicht in der individuellen Übung ge-troffen, wohl aber in seiner Institution. Das Disziplinarverfahren in der katholischen Kirche sie nicht so verrottet, wie der Vorredner sagt; es gibt das Mittel der Appellation, das auch mit Erfolg an-gewandt worden ist. Es ist ein Theil der Katholiken von uns ausge-schieden, aber wir haben sie mit Freuden ausscheiden lassen, denn es war zum Frommen der Kirche. Allerdings gab es in den Katakomben keine Konfekte, aber seit der Zeit des Apostel sind dieselben eine Nothwendigkeit geworden. Im Mittelalter hat die katholische Kirche die Kultur gewahrt und es macht ihren höchsten Ruhm aus, daß sie Kultus und Kultur verband. In den romanischen Ländern ist zwar die Revolution in Permanenz, aber daran sind nicht die Katholiken schuld, sondern die Lugen (Heiterkeit), eine Internationale schlimmer, als die des Petroleum. (Beifall im Zentrum.) Redner verwahrt die katholischen Geistlichen gegen den Vorwurf des Müßiggangs; der Priester habe viel zu thun mit der Seelsorge, in vielen Fällen sei er der Vater der Familie (große Heiterkeit) und seine wohlthätige Wirk-samkeit sei gar nicht hoch genug zu schätzen, auch für die Schule hätte die Geistlichkeit mehr gehabt, als die modernen Schulinspektoren. Unter wiederholter Heiterkeit des ziemlich leeren Hauses legt der Redner seine Anschauung über die Entstehung der Bulle: Unum sanctum, die vom Abg. v. Schulte angezeigten Reigergerichte, dar. Wenn ein solches des 19. Jahrhunderts unvördige Gesetz durchgehen werde, hofft er von dem erhabenen Beispiel, daß die katholische Geistlichkeit geben werde, die wohlthätigsten Folgen.

Abg. v. Saucken (Tarpuschen): Ich bin weder Professor noch Katholik und will nicht dazu beitragen, daß wir uns hier in eine De-batte vertiefen, bei der leicht vergessen werden könnte, daß wir Alle Deutsche sind. Der Abg. Reichensperger hat gesagt, Schamröthe müsse in die Wangen der Liberalen steigen, wenn ihnen zugemutet wird, dieses Gesetz zu berathen. Vielleicht ist er dadurch, daß in der letzten Zeit seine Partei sich den Liberalen auf manchen Gebieten der Gesetzgebung angelassen hat, auf den Gedanken gekommen, sich selbst für liberal zu halten. In seinen Ausführungen habe ich einen so abso-luten Gegenatz zu unserer Auffassung dieser Frage gefunden, daß ich es konstatiren muß, daß das aufzäligte Zusammensein in manchen legislativerischen Fragen mit dem Zentrum durchaus keinen Schluss darauf läuft, daß die liberalen Parteien auch mit einem einzigen Punkt mit seiner Partei gemein haben in Bezug auf die gesetzesverachtende Priesterschaft. Im Uebrigen hat der Abg. Reichensperger dasselbe gesagt, was wir in verschiedenen Fassungen und Formulierungen schon hundertmal im preußischen Abgeordnetenhaus gehört haben. Er hat auch wieder das Recht des posseum Widerstandes proklamirt und den Unterschied zwischen dem passiven und aktiven Widerstand theoretisch scharf pointirt; so scharf zu unterscheiden ist die Sache in der Wirklichkeit nicht. Er hat nachzuweisen gesucht, daß der passive Widerstand ein Naturrecht des Menschen sei. Er vergißt aber hinzu-zufügen, daß bis jetzt noch kein Staatsrechtslehrer vom Staat verlangt hat, daß er diesen passiven Widerstand ruhig erträgt. Wenn sein Gewissen ihm verbietet, einem Gesetze Folge zu leisten, so setzt er sich dem aus, daß, wie Abg. Lacker einmal richtig sagte, der Staat ihn zermalmte. Wir halten den Ausdruck Kulturmampf aufrecht; das Ziel, welches erreicht werden soll, wird die Kultur entschieden fördern; der Kampf hat sich jetzt zugespitzt und es sieht zu hoffen, daß wir zum Ziele kommen: wir streben für die Befreiung des Individuums von der Priesterherrschaft (Gelächter im Zentrum) nicht bloß in der katholischen

Kirche. Wenn der Abgeordnete Reichensperger von den Rigoristen der äußeren Legalität sprach, die uns zur Abgötterei der Gesetze führen, so ist dagegen der Kulturmampf auch in der Richtung bedeutend, daß er die Anschauung befämpft, daß ein Mensch, geboren wie jedes andere, sich anmaßt, unfehlbar zu sein. Eine solche Bergötterung eines Menschen muß aufhören. (Unruhe im Zentrum.) Dieser Zustand bei dem das Gemissen des Einzelnen nicht sich selbst folgt, sondern anders woher kommandirt wird, ist eine Expatriierung der Gewissen der deutschen Bevölkerung. Wir erkennen den Kampf als notwendig; obwohl wir schneller und klarer zum Ziele kommen müssen, wenn man die Schule von der Kirche trennt, wenn die Religionsfreiheit des Individuums, nicht die Freiheit der Kirche; das darf sich anmaßen, die freie Religionsübung Anderer zu unterdrücken. Ich hätte gewünscht, die Maigesetze wären diesen Weg gegangen. Wir sind aber nicht so in Prinzipien verrrant, daß wir nicht auch einen anderen Weg mitmachen, wenn er nur zum Ziele führt. Es wird sich also in der zweiten Lesung darum handeln, ob die vorgeschlagene Mittel die praktischsten sind, die zum Ziele führen. Ich persönlich halte die Expatriierung für das wirksamste Mittel; denn die Waffe um Menschenfreundlichkeit gebieten den Krieg scharf und kurz zu führen. Siegen muß die Regierung, unterwerfen müssen sich die Kleriker (Widerspruch im Zentrum.) Wenn der Klerus sieht, daß sein Widerstand ihm nichts hilft, wird er sich unterwerfen, wir werden dann zum Frieden kommen, der nur bei einer vollständigen Unterwerfung des Gegners möglich ist. Hoffen wir, daß diese Unterwerfung erreicht wird ohne Niederwerfung und daß dieses Gesetz, welches den Schein der Härte hat, lediglich als ein provisorisches durch sein bloßes Durchsetzen seine Wirkung übt. (Beifall. Bischen im Zentrum.)

Abg. Bayhamer (Württemberg, Zentrum): Meine Herren, Sie haben sich oft Ausnahmegesetze gemacht, und Sie waren dann die ersten, die darunter fielen. Das vorliegende Verbannungsgesetz ist eine Institution des absoluten, omnipotenten Staates. Die Herren Vorredner haben zumeist ihre subjektiven Meinungen ausgetragen, ich kann aber nicht glauben, daß der Staat einen Kampf auf Leben und Tod mit der Kirche will, vielmehr ist das Gegenteil um so mehr als einmal versichert worden. Wenn man auf dem eingeflossenen Wege weitergeht, so wird das allgemeine religiöse Bewußtsein tiefer verschlittert werden und doch sollte man die im Volke wirkenden religiösen Anschauungen schonen. Es handelt sich hier um ein sogenanntes politisches Verbrechen, auf welches die Strafe der Verbannung darauf gesezt werden soll. Unmöglich kann man aber eine Strafart durch Reichsgesetz festsetzen, wenn das Verbrechen selbst nicht nach einem Reichsgesetz unter Strafe fällt und es ist überhaupt kein Verbrechen, seine religiöse Überzeugung festzuhalten; im Gegenteil, das ist ein Grundrecht, welches alle freien Völker als den Talsmann ihrer Freiheit angesehen haben. Im Religionsgesetz müssen Strafbestimmungen vermieden werden. Selbst ein so absoluter Herrscher wie Napoleon I. hat es für gut befunden, Frieden zu schließen mit der Kirche und auch Sie würden gut thun, den Weg der gütlichen Vereinbarung einzuschlagen. Durch die Maigesetze haben Sie der Kirche nur Triumph bereitet und dasselbe werden Sie mit diesem Gesetz erreichen.

Abg. Graf Frankenberg: Meine politischen Freunde und ich werden dieses Gesetz annehmen, weil wir es mit Rücksicht auf die Nothstand, in welchem sich gegenwärtig die preußische Regierung befindet, für eine legislatorische Nothwendigkeit erachten. Meine Herren, der Kampf, den wir gegen die Hierarchie der Kirche führen, ist als ein lediglich politischer bezeichnet worden und der Abg. v. Mallinckrodt hat neulich die Behauptung, daß die Veranlassung zu diesem Streit von der römischen Kurie ausgingen sei, ganz objektiv eine beruhende Unwahrheit genannt. Auch ich will Niemanden verleben und die Sache ganz objektiv behandeln, komme aber zu dem Schluß, daß der Staat die römische Kurie und ihre Partei (das Zentrum) die Anlassung dazu gegeben haben, daß der Streit jetzt lebhafter, denn entbrannt ist. Denn seine ersten Anfänge fallen in die Zeit vor über elf Jahrhunderten zurück, in die Zeit der Pipinschen Schenkung. Die deutschen Kaiser haben bereits auf ihren Nörnerjügen um die Annexion desselben Prinzip gestritten, welches wir heute vertheidigen. Und wenn der Vorredner gesagt hat, selbst ein Napoleon I. sei im Stande gewesen die Kirche niederzuschmettern, so muß ich ihm be-merken, daß Napoleon I. in Frankreich eine unterdrückte Kirche vorge-funden und dieselbe wieder hergestellt hat. Erst die Politik des Napoleon hat in der Gegenwart das Papstthum in eine Lage gebracht, in der es von dem Staat verlassen ist. Redner entwickelt in einer gehender Weise die Entstehungsgeschichte des letzten Konzils und führt dann fort: Unter den deutschen Staatsmännern hat sich zuerst Fürst Hohenlohe über die Stellung ausgesprochen, welche man dem Konzil gegenüber einzunehmen habe und Fürst Bismarck hat in einem Schreiben an ihn seine Ansichten vollständig gebilligt. Der Bischof Ketteler von Mainz hat zu derselben Zeit die Aeußerung gethan, daß die Siedlung, welche die preußische Regierung dem Konzil gegenüber eingezogen habe, eine so berechtigte sei, daß man gegen diese nicht ankämpfen könne. In einer Eingabe an den Papst haben sich die deutschen Bischöfe in ähnlicher Weise ausgesprochen und die Abgeordneten Windhorst und Reichensperger eine Warnung nach Rom abgeben lassen; sie haben es damals schon vorausgesehen, daß die Dinge so kommen würden, wie sie gekommen sind. Sie im Zentrum machen dem Staat vorwurf, daß er ohne die kirchliche Macht zu fragen, Gesetze erlässt, welche sich auf Angelegenheiten der Kirche beziehen. Die kirch. Macht hat doch aber vor dem Konzil den Staat auch nicht um seine Stellung befragt, obgleich man sich lange vor demselben in politischen Versammlungen gegen die auf dem Konzil zu fassenden Beschlüsse ausgeworben hatte. Und meine Herren, gestatten Sie, daß ich eine Erfahrung aus meinem eigenen Leben Ihnen hier vortrage. Bekanntlich sind Preußen und Bayern die einzigen Staaten gewesen, welche eine außerordentliche Gesandtschaft nach Rom schickten. Die preußische Regierung sandte den Herzog von Ratibor und ich hatte die Ehre ihn zu begleiten. In Rom hatte ich denn das Glück aus dem eigenen Munde Sr. Heil. zu hören, daß er mit den kirch. Zuständen in Preußen zufrieden sei. Ich schickte diese Notiz an die Redaktion einer katholischen Zeitung und fügte die Bemerkung hinzu, es wäre zu wünschen, daß viele Katholiken, welche mit der Staatsregierung nicht ganz zufrieden wären, diese Worte gehört hätten. Diese Bemerkung wurde vom Redakteur einfach gestrichen. Auf meine Frage, warum das getriffen sei, wurde mir die Antwort, daß eine solche Mitteilung gegen das katholische Interesse sei. Damals wirkte die ultramontane Partei noch im Verborgenheit. Als wir aber aus dem Kriege mit Frankreich zurückkehrten, fanden wir sie als offenen Feind zunächst bei der preußischen Regierung. Und doch kam der sogenannte Konzelparagraph auf dem Wunsch Bayrens zu Stande und ich habe noch gegen ihm gestritten, weil ich damals glaubte, des würde zum Ausbruch eines Kampfes nicht kommen. In Preußen ist das Schulauflaufsgesetz die Veranlassung gewesen, daß die Gegenföderation sich schärften und doch muß man die unbedingte Nothwendigkeit und praktische Wichtigkeit dieses Gesetzes anerkennen. Das jetzt vorliegende aber ist unerhört wegen seiner legislatorischen Nothwendigkeit; die Gefängnisstrafen haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Wenn nun an Stelle derselben die Internirung tritt, so werden dadurch unangenehme Härten der Maigesetze beseitigt (Widerspruch im Zentrum). Ist denn der Aufenthalt im Gefängnis ungeniehbar als die Verfolgung an einem anderen Ort? Ruf: Ja. Der Widerstand des Klerus wird trotz Herrn Reichensperger doch gebrochen werden, weil wir ihn zu brechen suchen im Wege des Gesetzes auf dem Boden der Schule und der Humanität. Auch wird die Agitation vom fremden Staatsgebiet aus nicht fortgefeiert werden können, weil der Kampf gegen den Klerus in allen Staaten gleichzeitig aufgenommen ist. Die Furcht vor dem Auslande schreibt mich also nicht. Der Abg. Reichensperger meinte, erröthen müsse, wenn sich an der Auffassung der Kirchengesetze und an der Mithilfe an ihnen beteilige. Aber zu erröthen hat nur, wer die legitime Schuld daran trägt, wenn ein Geistlicher in das Gefängnis ist die Schuldige nicht. Herr Abg. Jörg erstrebt ein europäisches Re-

das für alle Staaten gelten soll; ich erkenne den hohen Werth dieser Aufgabe nicht, aber vorangehen muß ihrer Lösung die Schlichtung des Streites zwischen der politischen und kirchlichen Macht in jedem Einzelseite. Wir sind auf dem Wege zu dieser Schlichtung und es befinden sich in der Reichsregierung dieselben Männer, die 1866 die Auseinandersetzung in Deutschland durch Blut und Eisen möglich machen, ohne daß der Norden dem Süden irgend eine demuthige Bedingung, sondern nur den Eintritt in einen Vertrag verliegt, der schon nach 3 Jahren zur Anwendung kam und zur Herstellung des Reiches führte. Diese Männer werden auch, nachdem der kirchliche Kampf siegreich zu Ende geführt ist, ihren Frieden nicht unter Bedingungen schließen, die für die Katholiken schwer und kränkend sind, sondern ihnen leichte Bedingungen und die Hand zur Versöhnung anbieten. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. Majunke will sich gegen einen Vorwurf verteidigen, welchen der Abg. Frankenberg der "Germania" gemacht hat, ohne den Namen des Redakteurs Majunke zu nennen. Der Präsident von Forckenbeck hält dies jedoch für entschieden unzulässig und der Abg. Majunke verzichtet auf die persönliche Bemerkung.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Interpellationen des Abg. Schulze betreffend die Vereine und Kassen, und des Abg. Söhlins betreffend den Bau einer Eisenbahn im Elsaß, — Petitionen — Reichskassenscheine.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Die persönliche Bemerkung des Abg. Richter (Hagen) gegen Herrn Dernburg in der gestrigen Sitzung ging dahin, daß er mit dem Zitat aus den Reden des Abg. Twieffen (Unterschied zwischen Charakteren und Mollusken) „nicht das kleine Fähnlein“ National-liberaler gemeint habe, dem der Herr Abg. Dernburg nach einem Telegramm an seine Wähler angehört hat. — In unserem Bericht stand: „nicht nur das kleine Fähnlein rc.“

* Der Abg. v. Minnigerode bezog sich gestern auf die Aeußerung der „Provinzial-Korrespondenz“ daß bei etwaigen Neuwahlen Abgeordnete in das Haus kommen würden, welche die Reichsregierung wohl in der Militär-, aber nicht in anderen Fragen die Regierung unterstützen würden. Diese Aeußerung könne nur gegen die Partei des Redners gerichtet sein, die sich jedoch dagegen vertheidigen müsse, da sie stets eine Ehre darin gesezt hat, die Regierung in allen nationalen Fragen zu unterstützen. Die Partei des Redners ist bekanntlich die konservative, nicht die freikonservative oder deutsche Reichspartei.

Brief- und Zeitungsberichte.

Elbing, 19. April. Man hört hier vielfach darüber klagen, daß der König an den Unterricht von den Geistlichen in den Vormittagsstunden und während der Schulzeit abgehalten wird. So sollen bei der heutigen Realchule grade zwei mathematische Unterrichtsstunden in der Woche dadurch abgespart werden. Jedermann weiß, welche Folgen es für die betreffenden jungen Leute haben muss, wenn der Unterricht in einer der exakten Wissenschaften solche Lücken zu erdulden hat. Hierbei stößt aber jedem Unbefangenen gleichzeitig die Frage auf, ob denn für die Jünglinge der höheren Lehranstalten überhaupt ein besonderer Religionsunterricht Beufus ihrer Konfirmation erforderlich ist, da dieselben von den untersten Klassen ab bis zur Beendigung ihrer Schulzeit reichlich in der Religion unterrichtet werden und oft sogar von denselben Geistlichen, welche sie konfirmieren. Die Konfirmation der Kinder ist befannlich keine Sache des Zwanges, sondern ein freiwilliger kirchlicher Akt. Sicherlich aber können die beobachteten Eltern verlangen, daß durch den Vorbereitungskurs zur Konfirmation, wenn er überhaupt für nötig gehalten wird, ihren Kindern keine Schulstunde entzogen werde.

Paris, 19. April. Das bekannte Rundschreiben des Justizministers zum Schutz des Septenniums hat im Lande nicht beschwichtigt, sondern nur gezeigt, daß im Kabinett große Uneinigkeit über die Zukunft Frankreichs herrsche und daß man trotz aller Androhungen es nicht wagt, gewisse Blätter schweigen zu machen und somit den Ministern, welche in ihnen reden, einen Maulkorb anzulegen. Broglie hilft sich jetzt wie Petrus mit einer Verklärung, indem er den gesammelten offiziösen Organen zutraut: „Ich kenne diese Blätter nicht.“ (Diese Worte haben auf eine offizielle Erklärung der oberoffiziellen „Agence Havas“ Bezug, welche drolliger Weise die pikante Behauptung aufstellt: es gäbe in Frankreich überhaupt keine offiziösen Blätter! Man hält diese Schnurre allgemein für eine Ausgeburt der erhitzen Phantasie des geängstigten Staatsmannes „Broglie!“ — Red. der Potsdamer Zeit.) Wie wird es erst hergehen, wenn Chambord wieder in Versailles erscheint? Daß er Frohsdorf in dieser Absicht verlassen, aber vorläufig zur Hochzeit des Koburgers mit der Tochter des belgischen Königs nach Brüssel geht, wird von der „Corr. Havas“ heute bestätigt und zugleich hinzugefügt, der monarchische Antrag, der gleich nach Wiedereröffnung der National-Versammlung gestellt werden soll, habe bis jetzt nur erst dreißig Unterschriften. Die Deputirten schreiben in Masse aus ihren Wahlorten, daß das Land auf eine sofortige definitive Organisation der Exekutive dringe.

Madrid, 18. April. Neuere Telegramme vom Kriegsschauplatz bestätigen, daß Serrano tatsächlich keine Verhandlungen mit Don Carlos angeknüpft hat, daß er höchstens die Verbindungen, welche sich während der Waffenruhe zwischen den beiden Lagern hergestellt hatten, dazu benutzt hat, um die momentan im Dienste des Don Carlos stehenden weiland Offiziere der spanischen Armee zu sich herüber zu locken. Statt daß sich die Angabe bestätigte, er habe den Vorschlag gemacht, den beiden bourbonischen Prätendenten durch Erhebung Don Carlos auf den Thron und Ernennung Don Alfonso's, des Sohnes der Königin Isabella, zum Thronerben genug zu thun, stellt sich jetzt vielmehr heraus, daß ein carlistischer Oberst einen auf dieser Grundlage ruhenden Antrag gestellt, aber im Lager Serrano's die bestimmteste Zurückweisung erfahren hat. Die Carlisten behaupten natürlich, daß Don Carlos keinen Auftrag zu derartigen Unterhandlungen gegeben habe. Ferner ergiebt sich, daß die Gerüchte von einem bevorstehenden Pronunciamiento zu Gunsten des Prinzen Alfons durchaus unbegründet waren. Die Generale, welche Serrano in sein Lager berufen hat, sind wohl zum Theil Anhänger der vertriebenen Dynastie gewesen; aber selbst Manuel Concha, der namhafteste unter ihnen, war in letzter Zeit Vorstands-Mitglied eines Vereins der konstitutionellen Partei, hat also dem Alfonismus entsagt. Eben so falsch war die Behauptung, daß Serrano den Oberbefehl an Concha abgeben würde. Topete ist inzwischen von Madrid auf den Kriegsschauplatz zurückgekehrt, die Minister haben sich durch ihn beruhigen lassen und ihre sehr zur unrechten Zeit wieder aufgenommenen Parteizwistigkeiten eingestellt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. April.

In dem Lokalartikel unserer Morgennummer über den Eindruck, den die Amtsentzierung Ledochowski's auf die Ultramontanen gemacht hat, ist durch Verschuldes des Setzers in der 6. Zeile ein zum Verständnis nothwendiges „heut“ weggeblieben. Es muß heißen:

„und heut ermahnt der „Kurier“ rc. — In der 9. Zeile muß es heißen: „indem es (nicht er) schreibt.“

r. Auf dem Bahnhofe Kreuz stieß am Dienstag auf den von Posen angekommenen Zug in Folge einer falschen Weichenstellung ein entgegenfahrender Zug. Da dieser jedoch in sehr langsam Bewegung war, so lief der Zusammenstoß ohne erheblichen Unfall ab.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von Dr. Otto Hübner's: Statistische Tafel aller Länder der Erde (Frankfurt a. M., F. Voßeli'sche Buchhandlung) ist der 23. Jahrgang für 1874 so eben ausgegeben worden. Dieselbe enthält Größe, Regierungsförder, Staatsoberhaupt, Bevölkerung, Ausgaben, Schulden, Papiergebund, Banknotenumlauf, stehendes Heer, Kriegs- und Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Postleistung, Haupterzeugnisse, Münze und deren Silberwert, Gewicht, Elfenmaß, Höhemaß für Wein und Getreide, Eisenbahnen, Telegraphen, Hauptstädte und die wichtigsten Orte (mit Einwohnerzahl) aller Länder der Erde.

— In dieser neuen Ausgabe ist die Mark-Halita vollständig durchgeführt, nicht nur der Wert, sondern auch das reine Goldgewicht der vorzüglichsten Münzen ausgerechnet und die Bedeutung der Tafel noch dadurch erhöht, daß auch solche Länder und Gebiete, über welche andere statistische Angaben fehlen, mit Größe und Bevölkerung angegeben sind. Die neuesten Posttarife, auf der Rückseite übersichtlich zusammengestellt, werden außerdem für Viele eine gewünschte Zugabe sein.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Falsche Zwanzigpfennigstücke sollen nach Mittheilung verschiedener Börsenblätter bereits im Umlauf sein, welche indeß an der vorzüglichsten Prägung des Reichsadlers, der Dünheit und dem schlechten Klang leicht zu erkennen sind.

** Washington, 20. April. Nach den bei dem Departement der Landwirtschaft eingegangenen Berichten ist der Stand der Weizen- und Roggensaat in den Unionstaaten ein ganz vorzüglicher, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Fläche des kultivirten Landes hat sich um 8 p.C. vermehrt.

Vermissenes.

* Vornehme Telegraphistin. Unter den Schülerinnen des Letzte-Vereins zu Berlin, die das Telegraphiren erlernen, befindet sich eine junge Dame, die Ur-Enkelin des berühmten Staatsmannes Fürsten Hardenberg. Die Mutter der jungen Dame hat nämlich eine sogenannte Mesalliance geschlossen und dies war der Grund, weshalb sie von der Familie nicht beachtet worden ist. Sie lebt von ihrer Hände Arbeit und büste so, daß sie ihrem Herzen mehr folgte, als der kalten, berechnenden Vernunft.

* Die Erdrutschung am Bahnhofe Kostritz in Ostpreußen gewährt einen schauerlichen Anblick und läßt die Wiederherstellung des durch eine tiefe Schlucht geführten, etwa 30 Fuß hohen Fahrdamms eine geraume Zeit erfordern; derselbe ist auf seiner ganzen Länge zur Hälfte völlig verschwunden, denn unten in der Tiefe ist auch nicht eine Spur von Sand oder Erde zu erblicken, so daß man nicht weiß, wo das Material geblieben ist. Die Böge werden jetzt einstweilen auf einem links nach dem Güterschuppen führenden, steilgehenden Geleise geleitet, und von dort erst wieder auf den festen Bahndörper geführt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 22. April.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsb. Baron v. Willrich a. Gorczy u. Peitzl a. Strykowo, Reg.-Rath Freitag a. Königsberg, die Kaufleute Gülich a. Breslau, Lentzlin a. Dresden, Georg Dessaix a. Paris, Drummer a. Bromberg, Friedmann, Barchewitz, Jasse, Leidherr, Friedländer, Grzybowski, Ephraim, Cohn, Wittkopf u. Krause a. Berlin.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufl. Sternberg u. Sohn und Wcher a. Königschütte, Abenheimer a. Mainheim, Löwe a. Breslau, Speyer a. Berlin, Steinert a. Dresden, Krafft u. Abenauer a. Hamburg, Klinger a. Breslau, Meineke a. Greif, Martini a. Nürnberg, Schult u. Dickler a. Berlin, Bick a. Breslau, Herrschäftsbesitzer Graf Scherschow a. Wien, Amtmann Bohne a. Schlesien, Dr. Phil. Wentzler a. Halle a. S., Prof. Kanter a. Jena.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Gutsbesitzer Wendeler u. Frau a. Kantow u. Mahn a. Lubowic, Oberamtmann Busse u. Familie a. Chlewiß, Frau Rittergutsbesitzer Bri a. Niemiesklowo, Hotelbesitzer Baß a. Nowraczlaw, die Kaufl. Mendelssohn a. Breslau u. Gundat a. Leipzig, Frau Fröhlich a. Sagan.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Kijewski a. Smielowo u. v. Wronecki a. Warschau, die Gutsbesitzer Kreuz, v. Barczanowski a. Jaracewo u. Haidut a. Welna, Agent Stegmann a. München, Rentier Kunowski a. Moskau, die Kaufl. Litmann a. Bromberg, Wertheimer a. Frankfurt a. M., Mundt a. Scherzen u. Löwe a. Ludwigswberg.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuß. Klassen-Lotterie (Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 21. April. Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

117 83 209 28 54 63 79 (200) 337 94 447 82 593 662 775
894 902 44 59 75. **1021** 57 70 125 (100) 53 237 (100) 60 382 89
94 447 73 565 624 59 (2000) 722 27 980 (100) **2121** 43 54 68
210 (100) 38 (100) 339 (100) 61 90 406 97 (100) 519 (100) 23 (200)
42 (200) 65 74 82 657 (100) 64 (1000) 93 97 701 34 818 82 90 952.
3006 (100) 149 79 97 204 15 21 32 41 91 324 27 41 86 92 434
64 67 (100) 72 646 56 71 705 839 41 65 88 500 911 14 41 82.
4025 (100) 36 117 61 331 (100) 68 418 (200) 501 39 (100) 72 79
616 76 87 784 95 804 42 77 (100) 5001 14 50 (1000) 101 61 65
284 323 58 85 93 408 39 (100) 49 73 94 (500) 567 74 650 (100)
96 (100) 774 845 (100) 954. **6020** 60 64 66 82 (1000) 168 200 11
81 (500) 313 78 (200) 421 534 (1000) 71 82 645 714 830 947 57
62 (200) **7013** 23 48 55 79 119 (200) 41 60 61 70 274 300 (500)
35 38 66 76 93 504 (500) 79 82 662 71 72 804 978. **8209** 14 444
54 531 (100) 81 86 (500) 650 64 779 869 84 (100) 88 902 (100) 24.
9007 10 13 78 112 (100) 58 65 81 257 368 445 60 561 623 (100)
802 (100) 55 58 (200) 85 901

| **10016** (100) 36 101 11 216 305 44 92 551 52 (500) 66 88 (100)

736 868 975 80 83 (100). **11015** 76 80 81 (100) 129 86 205 93

308 87 408 89 506 9 (1000) 22 30 33 36 (100) 60 (500) 613 17 45

732 (200) 64 (2000) 819 46 902 16 68. **12086** 142 234 65 488

582 (100) 656 60 708 40 51 (200) 805 37 64 71 955 62. **13006** 88

120 31 62 259 359 425 57 60 (200) 69 537 (500) 651 (100) 702 21

40 86 811 930 (1000) 51 79. **14059** 87 196 279 363 514 46 606

35 61 70 761 74 79 826 61 (1000) 63 915 40 84. **15151** 84 225 57

(100) 301 (500) 2 87 431 44 568 646 51 67 702 14 58 74 99 867

(1000) 905 (200) 25 (100) 45 (500) 58 78 81 96. **16017** 26 (100) 156

75 (100) 85 201 7 14 (200) 21 50 54 399 417 91 517 83 96 616

732 45 51 (100) 865 957 66 92. **17012** (200) 80 (500) 84 85 197

219 (200) 59 72 331 (100) 53 59 98 524 37 662 717 812 83 98 950.

18033 220 54 75 330 82 89 96 (500) 498 513 623 830 (100) 938

49. **19009** 26 36 43 (100) 109 16 25 28 52 306 423 47 65 542 60

617 51 728 (100) 29 52 74 871 78 909 17 31 54 82 (100) 96.

20021 140 74 88 248 70 92 434 93 97 (500) 99 506 51 100

639 91 708 11 25 (200) 60 809 44 59 (100) 76. **21022** (500) 40

171 201 (100) 17 59 98 99 349 494 568 787 97 827 94 932 (100)
86 96. **22003** 5 58 90 137 (100) 40 52 259 86 312 78 404 51
527 81 619 33 728 57 842 87 935 (1000) 2301B 143 63 80 211
40009 113 24 235 42 305 29 40 (500) 488 91 524 32 82 607 12
52 54 (100) 58 97 717 60 67 (200) 814 (200) 73 83 (1000) 974 94. **41035**
(100) 82 106 30 48 55 68 393 432 505 68 609 83 92 759 804 18 43 933
64 (500) 66 (100) 90 94. **42033** 34 54 55 88

Geographische Börsenberichte.

Breslau. 21. April, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 v. Et. pr. April-Mai 22 b., pr. Juni-Juli 23 b., pr. August-September 23. Weizen pr. April-Mai 86. Roggen pr. April-Mai 62 b., pr. Juli-August 60 b., pr. Sept.-Oktober —. Rüben pr. April-Mai 18 b., pr. Mai-Juni 18 b., pr. September-Oktober 19 b. Bremen, 21. April. Petrol zum fest. Standard white loto 3 Mart.

Hamburg. 21. April, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loto stet. Roggen loto fest beide auf Termine weichend. Weizen pr. 18 v. Et. pr. April pr. 1000 Kilo netto 263 B., 262 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 261 B., 260 G., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 259 B., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 257 B., 256 G., Roggen pr. April 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 183 B., 182 G. Hafer fest. Dinkel fest. Gerste still. Rüben lato, loto 58, pr. Mai 57, pr. Oktober 200 b., 60 b. Spiritus still, pr. April-Mai 54 b., pr. Mai-Juni 54 b., pr. Juli-August 56, pr. August-September 56, pr. Mai-Juni 100 Liter 100 v. Et. 57. Kaffee fest; Umsatz 7000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white lato 13, 00 B., 12, 90 G., pr. April 12, 90 G., pr. August-Dezember 14, 60 G. — Wetter: Brachtwetter.

Düsseldorf. 21. April, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Brachtwetter. Weizen niedriger, hiesiger lato 9, 15, fremder 9, 5, pr. Mai 9, 5, pr. Juli 8, 27 b., pr. November 7, 27 b. Roggen niedriger, fremder lato 6, 20, pr. Mai 6, 5, pr. Juli 5, 27 b., pr. November 5, 17. Rüben lato, lato 10 b., pr. Mai 10, pr. Oktober 10 b.

London. 20. April, Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlussbericht. Englischer Weizen knapp 1, fremder 1, Faschmel 1, Sackmehl, Mais, Hafer 1 Sh. höher als die letzten Montagspreise. — Wetter: Brachtwetter.

Liverpool. 21. April, Nachmittags. Baumwolle (Schlussbericht): Umsatz 15.000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Stramm. Viele Baumwollensladungen von Amerika eingetroffen, teilweise 1 höher.

Breslau. 21. April. Freiburger 105, do. jungen —. Oberpfälzer 166. N.-Dörf. St. A. 122 b., do. do. Prioritäten 121 b. Franko 188. Commerzien 82. Italiener —. Silberrente 66 b., Rumänen 43. Breslauer Diskontobank 81 b., do. Wechslerbank 71. Schles. Bank 109 b., Kreditaktien 127 b. Faurabüro 161. Oberschles. Eisenbahnbud. —. Österreich. Bankeinheiten 89 b., Russ. Bankeinheiten 93 b., Bresl. Mallerbank 80, do. Maff. B.-B. 92 b., Prov. Mallerb. 82. Schles. Versch. bank 93. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. —.

Geographische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M. 21. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiffliche Bank 206, Dortmunder Union 62, süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 101 b.

Fest. Kreditaktien lebhaft, Bahnen still, Banken gesucht, Montanwerthe anziehend.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 224 b., Franko 330 b., Commerzien 143 b., —. Schlußkurse: Londoner Wechsel 118 b., Pariser Wechsel 94 b., Wiener Wechsel 105 b., Franko 330. Böh. Westbahn 217. Lombarden 143. Galizier 252. Elisabethbahn 211. Nordwestbahn 191. Kreditaktien 223. Russ. Bodenkredit 86 b., Russen 1872 97 b., Silber-

Berlin. 21. April. Der Grundton in der Stimmung auch der heutigen Börse läßt sich als fest bezeichnen und entsprach den von auswärts vorliegenden Notirungen. Es machte sich aber gegenüber der sprunghaften Kurssteigerung des gestrigen Tages eine mäßig reaktive Bewegung umso mehr geltend, als die Haushälfte umfangreiche Realisationen ausführte. Gelegentlich mehrerer Schwankungen sind denn

Ausländische Bonds.

	Amer. Anl. 1881	6 103 b. B	6 106 b. B	6 101 b. B	6 104 b. B	6 105 b. B	6 106 b. B	6 107 b. B	6 108 b. B	6 109 b. B	6 110 b. B	6 111 b. B	6 112 b. B	6 113 b. B	6 114 b. B	6 115 b. B	6 116 b. B	6 117 b. B	6 118 b. B	6 119 b. B	6 120 b. B	6 121 b. B	6 122 b. B	6 123 b. B	6 124 b. B	6 125 b. B	6 126 b. B	6 127 b. B	6 128 b. B	6 129 b. B	6 130 b. B	6 131 b. B	6 132 b. B	6 133 b. B	6 134 b. B	6 135 b. B	6 136 b. B	6 137 b. B	6 138 b. B	6 139 b. B	6 140 b. B	6 141 b. B	6 142 b. B	6 143 b. B	6 144 b. B	6 145 b. B	6 146 b. B	6 147 b. B	6 148 b. B	6 149 b. B	6 150 b. B	6 151 b. B	6 152 b. B	6 153 b. B	6 154 b. B	6 155 b. B	6 156 b. B	6 157 b. B	6 158 b. B	6 159 b. B	6 160 b. B	6 161 b. B	6 162 b. B	6 163 b. B	6 164 b. B	6 165 b. B	6 166 b. B	6 167 b. B	6 168 b. B	6 169 b. B	6 170 b. B	6 171 b. B	6 172 b. B	6 173 b. B	6 174 b. B	6 175 b. B	6 176 b. B	6 177 b. B	6 178 b. B	6 179 b. B	6 180 b. B	6 181 b. B	6 182 b. B	6 183 b. B	6 184 b. B	6 185 b. B	6 186 b. B	6 187 b. B	6 188 b. B	6 189 b. B	6 190 b. B	6 191 b. B	6 192 b. B	6 193 b. B	6 194 b. B	6 195 b. B	6 196 b. B	6 197 b. B	6 198 b. B	6 199 b. B	6 200 b. B	6 201 b. B	6 202 b. B	6 203 b. B	6 204 b. B	6 205 b. B	6 206 b. B	6 207 b. B	6 208 b. B	6 209 b. B	6 210 b. B	6 211 b. B	6 212 b. B	6 213 b. B	6 214 b. B	6 215 b. B	6 216 b. B	6 217 b. B	6 218 b. B	6 219 b. B	6 220 b. B	6 221 b. B	6 222 b. B	6 223 b. B	6 224 b. B	6 225 b. B	6 226 b. B	6 227 b. B	6 228 b. B	6 229 b. B	6 230 b. B	6 231 b. B	6 232 b. B	6 233 b. B	6 234 b. B	6 235 b. B	6 236 b. B	6 237 b. B	6 238 b. B	6 239 b. B	6 240 b. B	6 241 b. B	6 242 b. B	6 243 b. B	6 244 b. B	6 245 b. B	6 246 b. B	6 247 b. B	6 248 b. B	6 249 b. B	6 250 b. B	6 251 b. B	6 252 b. B	6 253 b. B	6 254 b. B	6 255 b. B	6 256 b. B	6 257 b. B	6 258 b. B	6 259 b. B	6 260 b. B	6 261 b. B	6 262 b. B	6 263 b. B	6 264 b. B	6 265 b. B	6 266 b. B	6 267 b. B	6 268 b. B	6 269 b. B	6 270 b. B	6 271 b. B	6 272 b. B	6 273 b. B	6 274 b. B	6 275 b. B	6 276 b. B	6 277 b. B	6 278 b. B	6 279 b. B	6 280 b. B	6 281 b. B	6 282 b. B	6 283 b. B	6 284 b. B	6 285 b. B	6 286 b. B	6 287 b. B	6 288 b. B	6 289 b. B	6 290 b. B	6 291 b. B	6 292 b. B	6 293 b. B	6 294 b. B	6 295 b. B	6 296 b. B	6 297 b. B	6 298 b. B	6 299 b. B	6 300 b. B	6 301 b. B	6 302 b. B	6 303 b. B	6 304 b. B	6 305 b. B	6 306 b. B	6 307 b. B	6 308 b. B	6 309 b. B	6 310 b. B	6 311 b. B	6 312 b. B	6 313 b. B	6 314 b. B	6 315 b. B	6 316 b. B	6 317 b. B	6 318 b. B	6 319 b. B	6 320 b. B	6 321 b. B	6 322 b. B	6 323 b. B	6 324 b. B	6 325 b. B	6 326 b. B	6 327 b. B	6 328 b. B	6 329 b. B	6 330 b. B	6 331 b. B	6 332 b. B	6 333 b. B	6 334 b. B	6 335 b. B	6 336 b. B	6 337 b. B	6 338 b. B	6 339 b. B	6 340 b. B	6 341 b. B	6 342 b. B	6 343 b. B	6 344 b. B	6 345 b. B	6 346 b. B	6 347 b. B	6 348 b. B	6 349 b. B	6 350 b. B	6 351 b. B	6 352 b. B	6 353 b. B	6 354 b. B	6 355 b. B	6 356 b. B	6 357 b. B	6 358 b. B	6 359 b. B	6 360 b. B	6 361 b. B	6 362 b. B	6 363 b. B	6 364 b. B	6 365 b. B	6 366 b. B	6 367 b. B	6 368 b. B	6 369 b. B	6 370 b. B	6 371 b. B	6 372 b. B	6 373 b. B	6 374 b. B	6 375 b. B	6 376 b. B	6 377 b. B	6 378 b. B	6 379 b. B	6 380 b. B	6 381 b. B	6 382 b. B	6 383 b. B	6 384 b. B	6 385 b. B	6 386 b. B	6 387 b. B	6 388 b. B	6 389 b. B	6 390 b. B	6 391 b. B	6 392 b. B	6 393 b. B	6 394 b. B	6 395 b. B	6 396 b. B	6 397 b. B	6 398 b. B	6 399 b. B	6 400 b. B	6 401 b. B	6 402 b. B	6 403 b. B	6 404 b. B	6 405 b. B	6 406 b. B	6 407 b. B	6 408 b. B	6 409 b. B	6 410 b. B	6 411 b. B	6 412 b. B	6 413 b. B	6 414 b. B	6 415 b. B	6 416 b. B	6 417 b. B	6 418 b. B	6 419 b. B	6 420 b. B	6 421 b. B	6 422 b. B	6 423 b. B	6 424 b. B	6 425 b. B	6 426 b. B	6 427 b. B	6 428 b. B	6 429 b. B	6 430 b. B	6 431 b. B	6 432 b. B	6 433 b. B	6 434 b. B	6 435 b. B	6 436 b. B	6 437 b. B	6 438 b. B	6 439 b. B	6 440 b. B	6 441 b. B	6 442 b. B	6 443 b. B	6 444 b. B	6 445 b. B	6 446 b. B	6 447 b. B	6 448 b. B	6 449 b. B	6 450 b. B	6 451 b. B	6 452 b. B	6 453 b. B	6 454 b. B	6 455 b. B	6 456 b. B	6 457 b. B	6 458 b. B	6 459 b. B	6 460 b. B	6 461 b. B	6 462 b. B	6 463 b. B	6 464 b. B	6 465 b. B	6 466 b. B	6 467 b. B	6 468 b. B	6 469 b. B	6 470 b. B	6 471 b. B	6 472 b. B	6 473 b. B	6 474 b. B	6 475 b. B	6 476 b. B	6 477 b. B	6 478 b. B	6 479 b. B	6 480 b. B	6 481 b. B	6 482 b. B	6 483 b. B	6 484 b. B	6 485 b. B	6 486 b. B	6 487 b. B	6 488 b. B	6 489 b. B	6 490 b. B	6 491 b. B	6 492 b. B	6 493 b. B	6 494 b. B	6 495 b. B	6 496 b. B	6 497 b. B	6 498 b. B	6 499 b. B	6 500 b. B	6 501 b. B	6 502 b. B	6 503 b. B	6 504 b. B	6 505 b. B	6 506 b. B	6 507 b. B	6 508 b. B	6 509 b. B	6 510 b. B	6 511 b. B	6 512 b. B	6 513 b. B	6 514 b. B	6 515 b. B	6 516 b. B	6 517 b. B	6 518 b. B	6 519 b. B	6 520 b. B	6 521 b. B	6 522 b. B	6 523 b. B	6 524 b. B	6 525 b. B	6 526 b. B	6 527 b. B	6 528 b. B	6 529 b. B	6 530 b. B	6 531 b. B	6 532 b. B	6 533 b. B	6 534 b. B	6 535 b. B	6 536 b. B	6 537 b. B	6 538 b. B	6 539 b. B	6 540 b. B	6 541 b. B	6 542 b. B	6 543 b. B